



## Medienmitteilung

### Biel erneut von der Jurafrage ausgeschlossen

*Biel, 3. November 2009*

**Der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB), der Gemeinderat von Biel und der Gemeinderat von Leubringen nehmen den neuen Auftrag zur Kenntnis, den der Regierungsrat des Kantons Bern und die Regierung des Kantons Jura der Interjurassischen Versammlung (IJV) am Montag erteilt haben. Sie bedauern, dass der Amtsbezirk Biel und die Bieler Problematik im Rahmen dieses Mandats in keiner Weise erwähnt werden. Dies ganz im Gegensatz zum Antrag, den sie in ihren jeweiligen Stellungnahmen im Sommer gestellt hatten. Die Stadt Biel, die Einwohnergemeinde Leubringen und der RFB fordern die IJV deshalb auf, die Bieler Problematik in ihrem eigenen Interesse von sich aus an den Informationssitzungen zu behandeln, die sie veranstalten wird. Ansonsten sehen sie sich gezwungen, ihre Forderungen aufrechtzuerhalten und insbesondere die Veröffentlichung einer Zusatzstudie zu den Beziehungen zwischen dem Amtsbezirk Biel und dem Berner Jura in Betracht zu ziehen.**

Im Rahmen der Tripartiten-Konferenz (unter der Leitung von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf) erteilten der Regierungsrat des Kantons Bern und die jurassische Regierung der Interjurassischen Versammlung am Montagabend ein neues Mandat. Die IJV wurde damit beauftragt, ihren Schlussbericht (vom 4. Mai 2009) im Rahmen interaktiver Sitzungen vorzustellen. Die Daten, Veranstaltungsorte und Modalitäten dieser Sitzungen, die bis am 30. Juni 2010 dauern, wird sie selber festlegen. Die Tripartite-Konferenz hat somit beschlossen, nicht von der 1994 und 2005 festgelegten Marschrichtung abzuweichen. Im neuen Auftrag ist keine Rede von der Notwendigkeit, in Biel eine Sitzung abzuhalten, die Bieler Problematik darzulegen oder eine Zusatzstudie zur Bieler Frage zu veröffentlichen. Dies obwohl verschiedene Akteure und politische Einrichtungen der Ansicht sind, dass die Jurafrage ohne Einbezug des zweisprachigen Amtsbezirks Biel nicht gelöst werden kann.

Die Gemeinderäte von Biel und Leubringen sowie der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) bedauern, dass die Bieler Frage so ein weiteres Mal vertagt und schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen wird. Die Zeit, die ihnen auf diese Weise zur Verfügung steht, werden sie nutzen, um die erforderlichen Kontakte zu den zuständigen Organen zu knüpfen und zur Vorbereitung einer Zusatzstudie (über die Beziehungen zwischen Biel und dem Berner Jura sowie zu den Auswirkungen, die mit den beiden im Bericht der IJV aufgezeigten Lösungsansätzen für den Amtsbezirk Biel verbunden sind) beizutragen.

#### Mitteilung an die Redaktionen:

Die Stellungnahme des RFB vom 8. Juli 2009 zur Fortsetzung, die dem Bericht der IJV zu verleihen ist, kann auf der Website des RFB unter folgender Adresse heruntergeladen werden: [www.caf-bienne.ch](http://www.caf-bienne.ch).

Für weitere Informationen wenden Sie sich an:

- Béatrice Sermet-Nicolet, Präsidentin des RFB: 032 341 86 10 oder 079 209 34 35
- Hans Stöckli, Stadtpräsident Biel: 032 326 11 03 oder 079 770 83 58.
- Daniel Nussbaumer, Gemeindepräsident Leubringen: 079 343 51 31
- David Gaffino, Generalsekretär des RFB: 032 323 28 70 oder 078 607 17 65